

# Beerlin ganz nah

**Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten**

**Ausgabe KW 7**



Gemeinsame Linie erforderlich	2
Regierungserklärung	3
Entwicklung der Finanzaufsicht	3
Asylpaket II - Mit klaren Regeln	4
Delegation aus Estland	4
Austausch mit der Truppe	5
Digitales in den Fokus rücken	5
Erste Sitzung zum eHealth	5

6	Ente und Politik
6	Karneval in Rinteln
6	Karneval in Stolzenau
6	Projekt für die Gesundheit
7	Rekord beim Grünkohlessen
7	Zu Gast beim Kreislandwirt
7	KITA Entdeckerhaus
7	Der Standort Nienburg ist sicher
8	Faktencheck Landwirtschaft
8	Familienzentrum St. Michael
8	Kreativzentrum Holz

## Gemeinsame Linie erforderlich

Deutschland und Europa spüren die Auswirkungen der Globalisierung. Die wirtschaftlichen Entwicklungen von China bis in die USA wirken sich auf unser Land aus. Die Krisen um Europa beeinflussen den Zustand unseres Kontinentes. Niemand kann mehr sagen, dass Krieg und Not in fernen Ländern uns nicht betreffen – die Folgen erreichen uns schnell.

Deutschland handelt solidarisch mit den Geflüchteten und setzt sich für die Notleidenden in ihrer Heimat ein. Am sinnvollsten ist es, den Menschen vor Ort zu helfen, so dass sie sich gar nicht erst auf den langen Weg nach Europa machen. Hier sind die Ergebnisse der Syrien-Geberkonferenz vom 4. Februar in London mit Zusagen von insgesamt etwa 9 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe wegweisend. Allein Deutschland beteiligt sich daran bis 2018 mit insgesamt 2,3 Milliarden Euro. Bereits in 2016 werden wir 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dies ist ein wichtiges Signal für die Menschen in Syrien und der Region. Es ist enorm schwierig, den syrischen Bürgerkrieg zu beenden, aber daran arbeiten wir mit unseren Verbündeten und Partnern. Die Haltung Russlands und das russische Bombardement syrischer Städte und Dörfer führen jedoch leider nur dazu, dass sich weitere Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen. Die Friedensbemühungen für Syrien sind ein mühsamer, aber lohnender Prozess - dies haben die Verhandlungen am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz gezeigt. Nun gilt es, die vier "Münchener Verpflichtungen" in die Tat umzusetzen. Wie rasch Einigkeit zu guten Resultaten führen kann, zeigt der durch die Bundesregierung herbeigeführte Einsatz der NATO gegen Schleuserkriminalität in der Ägäis. Mit unseren Bündnispartnern konnte vereinbart werden, dass die NATO durch Aufklärung und Seelagebilder die türkische und griechische Küstenwache sowie Frontex unterstützt. In dieser Woche ging es beim Europäischen Rat um die Handlungsfähigkeit von Europa. In Brüssel stehen der bessere Schutz der EU-Außengrenzen und die Zukunft Großbritanniens in der EU auf der Tagesordnung.

Nach einem mühsamen Prozess bringen wir in dieser Woche das Asylpaket II auf den Weg, wir wollen es in der nächsten Sitzungswoche beschließen. Es trägt die klare Handschrift der Union. Damit erfolgt eine Beschleunigung der Asylverfahren, die für bestimmte Gruppen von Asylbewerbern wie etwa Personen aus sicheren Herkunftsstaaten eingeführt wird. Eine Rückführung von ausreisepflichtigen Personen kann unmittelbar aus besonderen Aufnahmeeinrichtungen heraus erfolgen. Weiterhin umfasst das Asylpaket II die Aussetzung des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre, den Abbau von Rückführungshindernissen aus gesundheitlichen Gründen sowie die Möglichkeit, die Flüchtlinge an Integrationskosten zu beteiligen. Das Gesetz zu den drei weiteren sicheren Herkunftsstaaten Marokko, Algerien und Tunesien werden wir auf Wunsch der SPD im normalen Gesetzgebungsverfahren behandeln; es steht diese Woche nicht zur Beratung an.

Nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln und anderen Städten ziehen wir in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern. Bei Asylsuchenden reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist. Damit stellen wir sicher, dass nur diejenigen Personen Schutz und Unterstützung in Deutschland erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen.

### Regierungserklärung

Beim Europäischen Rat in dieser Woche waren die vom Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vorgelegten Vorschläge aus Anlass der Debatte um einen Verbleib Großbritanniens in der EU eines der Kernthemen. Das Land strebt ein Referendum über seine EU-Mitgliedschaft an, der Zeitpunkt ist noch offen. Es liegt im Interesse Deutschlands, dass Großbritanniens Mitglied der EU bleibt. Als zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU und strategischer Partner Deutschlands auf zentralen Politikfeldern, wie dem EU-

Haushalt, Binnenmarkt, innere Sicherheit und den Freihandel, wäre ein Ausscheiden Großbritanniens ein herber Rückschlag. Unser Ziel ist deshalb klar: Deutschland muss bei dem europäischen Rat die Mittel der Diplomatie nutzen und die Einigungsbemühen unterstützen. Neben den Beratungen zu Großbritannien widmen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa. Hierbei wird es insbesondere um den besseren Schutz der EU-Außengrenzen gehen.

### Entwicklung der Finanzaufsicht

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem in dieser Woche eingereichten Antrag auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Maßnahmen der drei in Folge der Finanzkrise geschaffenen Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) transparent sind und dem europäischen Prinzip der Subsidiarität folgen. Sie sollen gleichzeitig den Proportionalitätsgrundsatz noch stärker beachten – und somit gerade kleine und mittlere Banken wie Volksbanken und Sparkassen nicht überfordern. Ebenso wollen wir, dass die ESAs die ihnen zugewiesenen Finanzmittel effizient nutzen, ihr Mandat nicht überdehnen und zentrale Forderungen auch auf Deutsch formulieren.

## Asyl- und Flüchtlingspolitik

### Standpunkt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Tunesien, Marokko und Algerien sollen zusätzlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.
- Asyl-Schnellverfahren für Bewerber aus sicheren Herkunftsländern in speziellen Aufnahme-Einrichtungen.
- Einschränkung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, die nicht unmittelbar persönlich verfolgt sind.

### Asylpaket II - Mit klaren Regeln

In erster Lesung haben wir in dieser Woche die Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz beraten. In meinem letzten Newsletter habe ich bereits hierzu über die Ergebnisse des Koalitionsgipfels berichtet. Die Änderungen umfassen neben beschleunigten Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommende Asylbewerber auch die entsprechenden zur Durchführung dieser Maßnahme eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen. Zudem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen. Flüchtlinge können an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.

### Delegation aus Estland

In dieser Woche war eine Delegation aus dem Parlament Estlands zum gemeinsamen Austausch über die Digitalisierung in Berlin. Ich hielt einen Impulsvortrag zum Thema eHealth. Estland ist für uns in Deutschland ein Vorbild in der Digitalisierung.





## Austausch mit der Truppe

Die 4. Inspektion der Lehrgruppe B des Internationalen Hubschrauberausbildungszentrums Bückeburg war zu Gast im Deutschen Bundestag. Mein Kollege Henning Otte stellte sich als Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Fragen der Soldaten. Mir ist der Austausch zur Truppe wichtig und ich freue mich gleichzeitig über das politische Interesse der Soldaten aus Bückeburg.

## Digitales in den Fokus rücken

Bei der Klausurtagung der "AG Digitale Agenda" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war diesmal unser Fraktionsvorsitzender Volker Kauder mit dabei. Herr Kauder möchte die Digitalisierung noch mehr in den Fokus rücken. Ich persönlich habe ihn gebeten, sich einmal die Digitalisierung in der Landwirtschaft anzuschauen. Aus meiner Sicht ein Gewinnerthema für den Agrarbereich, aber vor allem für die 288.000 landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land.



## Erste Sitzung zum eHealth

Die erste Sitzung der Unterarbeitsgruppe eHealth der CDU Deutschland fand nun statt. Kürzlich wurde ich erst zum Vorsitzenden der Gruppe ernannt. Eine spannende Aufgabe, tolle Impulse und Ideen, sowie Mitstreiter die quer denken. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse dieses Parteigremiums.



## Ente und Politik

Als heimischer Bundestagsabgeordneter habe ich beim traditionellen Entenessen des CDU Stadtverbandes Bad Nenndorf in Horsten über die aktuellen politischen Entwicklungen in Berlin berichtet.



## Karneval in Rinteln

In den vergangenen Wahlkreiswochen war ich bei der närrischen Prunksitzung des Rintelner Carnevalsvereins. Auf die Klosterelfen, den Wesernixen und die Garde darf der RCV mit Recht stolz sein. Über meinen ersten Karnevalsorden, der mir von Fürstin Steffi I. von Schaumburg zu Herrenhausen verliehen wurde, habe mich besonders gefreut.

## Karneval in Stolzenau

Auch der Karnevalsumzug in Stolzenau war wieder einen Besuch wert und ich war gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Landtag Karsten Heineking da. Ein großes Lob an die vielen Gruppen und ihr Engagement. Der Wagenumzug war beeindruckend.



## Projekt für die Gesundheit

Der Startschuss für das Kooperationsprojekt "Die Gesundheitspartner, Gesundheit & Sport - unsere Stärken!" ist gefallen. Die AOK Nienburg, Sport Hiller, die Fitness Factory und der Giant Store Nienburg wollen gemeinsam die Themen Gesundheit und Bewegung in der Region Nienburg voranbringen.

Maik Beermann - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

## Rekord beim Grünkohlessen

Mit 764 Bürgern, stellte das Grünkohlessen der Bürgerschützen Obernkirchen einen neuen Rekord auf. Vielen Dank für die Einladung.



## Zu Gast beim Kreislandwirt

Die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Maria Flachsbarth, besuchte den landwirtschaftlichen Betrieb von Schaumburgs Kreislandwirt Cord Lattwesen. Bei der Diskussion haben die Anwesenden Landwirte deutlich gemacht, dass die wirtschaftliche Situation kaum länger tragbar ist und sie vor allem nicht mehr die Prügelknaben der Nation sein wollen. Unsere Landwirte machen uns satt und produzieren qualitativ hochwertige Lebensmittel - das muss man deutlich sagen.

## KITA Entdeckerhaus

Nachdem ich im Bundestagswahlkampf bereits ein Praktikum in der KITA in Bad Nenndorf absolviert habe, nutze ich in der Wahlkreiswoche die Gelegenheit um mich erneut über die Arbeit zu informieren. Wir haben uns über die Themen Medienpädagogik und die Herausforderungen der Flüchtlingssituation ausgetauscht.



## Der Standort Nienburg ist sicher

Bei einer Betriebsbesichtigung des Industrieunternehmens PB Gelatins in Nienburg konnte ich mich davon überzeugen, dass das Unternehmen mit seinen Produkten sehr gut aufgestellt ist und in den nächsten Jahren seine Mitarbeiterzahlen erhöhen wird.

## Faktencheck Landwirtschaft

Ich führte einen sehr kritischen, intensiven und äußerst konstruktiven Austausch mit dem Vorstand des Landvolks Mittelweser, um ihren Vorsitzenden Tobias Göckeritz. Derzeit bereitet die Stimmung im Land den Landwirten ein fast größeres Kopfzerbrechen, als die wirtschaftliche Situation. Ideologisch gefärbte Aussagen lassen Fakten untergehen, immer neue bürokratische Hürde erschweren trotz erfolgreich absolvierter Studiengänge die Arbeit.



Was trauen wir unseren Landwirten eigentlich noch zu? Und ist es immer richtig bis ins Kleinste zu regulieren und einen Generalverdacht auszusprechen? Ich sage ganz klar nein! Ich lebe seit 34 Jahren im ländlichen Raum und für mich gehört die Landwirtschaft einfach dazu. Wir dürfen nicht zulassen, dass mit unwahren Meldungen, Aktionismus und Stimmungsmache ein Berufsstand ständig an den Pranger gestellt wird.

Aus diesem Grund starte ich ab dem kommenden Newsletter die neue Artikelreihe **"Faktencheck Landwirtschaft"**. Ich möchte Irrtümer beseitigen, zur Aufklärung beitragen und damit einen gemeinsamen Dialogprozess anstoßen. Ich freue mich auf Ihre Beteiligung!



## Familienzentrum St. Michael

Bei meinem Besuch im Familienzentrum St. Michael in Nienburg, konnte ich mich durch die Leiterin Frau Schlemmermeyer und ihrem Team von der erfolgreichen Arbeit der Einrichtung überzeugen. Integration beginnt hier schon ab dem 1. Lebensjahr.

## Kreativzentrum Holz

Gemeinsam mit der CDU Nienburg besuchte ich das Deutsche Kreativzentrum Holz von Reinhold Büdecker. Herr Büdecker hat seine Leidenschaft zum Beruf gemacht und in Nienburg ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal geschaffen. Wer die Holzkunst erlernen möchte, kann dies hier unter professioneller Anleitung machen.

